

Samstag, 17. September 2022

Pressemitteilung

Reformstau trifft Energie- und Wirtschaftskrise

**Pflegebündnis Mittelbaden fordert finanzielle
Unterstützung für die Einrichtungen der
Gesundheits- und Pflegebranche**

Gaggenau. Seit Jahren setzt sich das Pflegebündnis Mittelbaden für eine grundlegende Finanzierungsreform im Gesundheits- und Pflegewesen ein. Auch die aktuelle Bundesregierung hat hier in den ersten zehn Monaten ihrer Amtszeit keinen Willen erkennen lassen, die Herausforderung anzunehmen. Für den Bundesgesundheitsminister gibt es offensichtlich neben Corona keine weiteren Themen, und er scheint hierbei die Bodenhaftung verloren zu haben. Von einem Mann der Branche hatten wir uns mehr erwartet, doch er fällt selbst gegenüber seinem Vorgänger im Amt deutlich zurück. Zuletzt tolerierte er, dass im Krankenhauspflegeentlastungsgesetz ein Vetorecht des Finanzministeriums Einzug hielt, wodurch der dringend notwendigen Umsetzung der Personalbemessung in den Krankenhäuser und damit eine nachhaltige Entlastung des Pflegepersonals in diesem Bereich, gefährdet ist. Wir sind wieder auf dem Niveau der Pflege nach Kassenlage angekommen, ohne das System nachhaltig zu reformieren.

Und jetzt noch die Energie- und Wirtschaftskrise, die alle Einrichtungen, ob Krankenhäuser, Pflegeheime, oder Ambulanten Dienste in Existenznöte bringt. Die Einrichtungen sind wie alle Betriebe in Deutschland mit steigenden Energie-, Lebensmittel- und weiteren Sachkosten konfrontiert. Vor allem in der Langzeitpflege greift darüberhinaus das Thema des Tariftreuegesetzes, das seit September bei einigen Einrichtungen zu Personalkosten-steigerungen von bis zu 30% führt. Alles Kosten die über die aktuellen Vergütungssätze nicht refinanziert sind und anders als in anderen Branchen nicht durch Preiserhöhungen kompensiert werden können. Die Branche ist immer auf Verhandlungen mit den Kostenträgern (Kranken-, Pflegekassen und den Sozialhilfeträgern) angewiesen, die bisher zu außerordentlichen Verhandlungen nicht bereit sind. Doch auch das würde in der ambulanten und in der stationären Pflege, anders als in den Klinken, zu deutlich höheren Eigenanteilen bei den betreuten Menschen führen. Sollten die aktuellen Kostensteigerungen bei den Pflegeempfängern landen, bedeutet dies Steigerungen von mehreren hundert Euro pro Monat, bei jetzt schon Eigenanteilen weit jenseits der 2.000 Euro Marke.

Es wird deutlich, wir kommen um die grundlegende Finanzierungsreform im Gesundheits- und Pflegewesen nicht herum.

Je länger politisch gezaudert wird, desto schlimmer wird die Lage!

Daher fordern wir gemeinsam mit vielen Verbänden der Branche als Sofortmaßnahme eine Rettungsschirm für die Krankenhäuser, Pflegeheime, Ambulanten Dienste und andere



Kontakt

Pflegebündnis Mittelbaden e.V.
Bismarckstr. 6 • 76751 Gaggenau
redaktion@pflegebueundnis-mittelbaden.de
www.pflegebueundnis-mittelbaden.de
Peter Koch, Vorsitzender

Samstag, 17. September 2022

Pressemitteilung

Sozialeinrichtungen aufzuspannen. Die aktuellen Kostensteigerungen müssen über Vergütungszuschläge abgemildert werden, die nicht zu Lasten der Kranken und Pflegebedürftigen gehen. Schon jetzt fehlen uns Pflegeangebote im Land und wir können es uns als Gesellschaft nicht erlauben, dass Einrichtungen der Branche in die Insolvenz gehen. Weiter müssen die grundlegenden Reformen JETZT angegangen werden. Wir müssen uns als Gesellschaft fragen, was uns eine gute medizinische und pflegerische Versorgung wert ist. Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge dürfen nicht länger Spielball von wirtschaftlichen und gewinnorientierten Interessen sein!

Für das Pflegebündnis Mittelbaden e.V.

Peter Koch

Kontakt

Pflegebündnis Mittelbaden e.V.
Bismarckstr. 6 • 76751 Gaggenau
redaktion@pflegebueundnis-mittelbaden.de
www.pflegebueundnis-mittelbaden.de
Peter Koch, Vorsitzender